



Vor 90 Jahren : Die Auflösung des Amtes Schildesche 1930

Schildesche erleben
Dezember 2020

von Joachim Wibbing

Am 1. Oktober 1930 stieg Bielefeld zur Großstadt auf. Sie wuchs um 2.943 auf 4.620 Hektar Fläche. 29.198 „Köpfe“ kamen hinzu, sodass man 119.636 Bielefelder zählte. Der Landkreis Bielefeld behielt seinerseits 23.784 Hektar mit 59.157 „Seelen“. Bielefeld war nunmehr die fünftgrößte Stadt Westfalens und die 43. der Größe nach in ganz Deutschland. Doch hatte der Eingemeindungsprozess lange gedauert – fast 23 Jahre. Das nach 1815 geschaffene „Amt Schildesche“ wurde dabei zerschlagen und avancierte zu einem Bielefelder Stadtteil. Bereits im März 1907 wurde erstmalig im städtischen Bauausschuss über eine Eingemeindung diskutiert. Den Prozess so richtig ins Rollen brachte ein Gesuch von 163 Einwohnern aus Schildesche vom 7. November 1908. Sie strebten eine Verbesserung der „Schulverhältnisse“ und der Wasserversorgung an. Nach der ersten Eingemeindungskonferenz 1910 wandten sich Unternehmer der Vororte an den Regierungspräsidenten in Minden mit der Bitte um eine „beschleunigte Regelung der Eingemeindungsfrage“. Im Dezember 1910 plante der Magistrat, 429,2 Hektar einzugemeinden: Gellershagen 55,5 Hektar, Bauerschaft Schildesche mit Sudbrack 140,7 Hektar, Schildesche 106 Hektar, Sieker mit Teilen von Heepen 61 Hektar und Gadderbaum mit Teilen von Brackwede 66,5 Hektar. Im Ersten Weltkrieg ruhten die Verhandlungen. Eines der Hauptprobleme bei der Erweiterung wurde im Jahre 1921 vom Schildescher Amtmann Konrad Rappold folgendermaßen skizziert: hatten früher die Spinner und Weber in den Vororten ihre Beschäftigung in der Heimindustrie gefunden, arbeiteten sie nun in der Stadt Bielefeld in den dortigen Industriebetrieben. Ihre Wohnungen behielten sie aber in den Vororten. Ende der 1920er Jahre zum Beispiel arbeiteten von 8.500 registrierten Arbeitern aus Schildesche 7.000 in Bielefeld. Dies bot für den

Magistrat die Möglichkeit, den Gewerbesteuersatz bei 195 % zu belassen, während dieser in den Vorortgemeinden bei 400 % lag. Nur so waren diese in der Lage, ihre Haushalte auszugleichen. Es zeigte sich nämlich, dass die Vororte für die Beschulung der Arbeiterkinder erhebliche Lasten zu tragen hatten. Der Bau der Sudbrackschule (1914-1918) wurde hier als besonders schlechtes Beispiel vom Amtmann Rappold gebrandmarkt. Weitere erhebliche finanzielle Belastungen ergaben sich für die Vororte im Falle der Erwerbslosigkeit von Beschäftigten, denn etwaige Unterstützungszahlungen hingen vom Wohnort ab. Die Stadt war hier aus der Verpflichtung. Bei einer SPD-Tagung Anfang März 1921 betonte der Sozialdemokrat Hermann Schäffer aus Schildesche, dass alle Genossen die Eingemeindung mit der Grenze Johannisbach forderten. Auch brauche „Bielefeld keine extra Badeanstalt, sondern könne sich an der Schildescher beteiligen.“



Früheres Amtshaus an der Amtsstraße um 1960

Foto: Sammlung Wibbing

Stadtrechte für Schildesche?

Im August 1922 legte der Schildescher Amtmann einen neuen Plan vor: die Bauerschaft Schildesche, Gellershagen und Theesen sollten allesamt nach dem Ort Schildesche eingemeindet werden, „für die dann ca. 18.000 Einwohner zählende Gemeinde Schildesche (sollte versucht werden) die

Stadtrechte zu erlangen, da einmal der Ort nach seiner historischen Vergangenheit und Geschichte im Ravensberger Land Anspruch hierauf erheben“ könne, „andererseits aber auch der gesamte Charakter der vergrößerten Gemeinde nach Art der Bebauung und Siedlung jetzt schon vorwiegend städtisches Gepräge“ trüge. Diese vorpreschende Art stieß beim Landrat jedoch auf Ablehnung.

Die „Stapenhorst-Linie“

Im Jahre 1926 stellte der Bielefelder Oberbürgermeister Rudolf Stapenhorst seinen Plan für die Eingemeindung vor – schnell als die „Stapenhorst-Linie“ bezeichnet. Schildesche sollte dabei ausgenommen werden. Deshalb favorisierte er die Idee einer „kleinen Lösung“, einer Teileingemeindung, mit 1.470 Hektar und ungefähr 20.000 Einwohnern. Um eine Begründung für den nunmehrigen Ausschluss Schildesches zu geben, führte er folgendes aus: „Gehört doch im Ravensberger Lande das Dorf Schildesche mit seiner vielhundertjährigen Geschichte zu den schönsten seinesgleichen, das vermutlich der überwiegende Teil seiner Bewohner in seiner dörflichen Eigenart erhalten wissen und nicht zu einem wenig beachteten Vororte einer Großstadt herabgedrückt sehen will, zumal dann nicht, wenn die Nachbarstadt bereit ist, Mängel in der Entwässerung auch ohne Eingemeindung beseitigen zu helfen und Schildesche die Vorzüge einer Gas- und Trinkwasserversorgung zukommen zu lassen.“ Doch auch dieser Vorschlag stieß auf Ablehnung seitens des Kreises. 1930 lehnten sowohl Oberbürgermeister Stapenhorst, als auch Landrat Beckhaus einen weiteren Plan vehement ab, ein „Restamt Schildesche“ zu schaffen. Nach mehreren Ortsterminen wurde schließlich am 11. Juni 1930 vom Landtag das Gesetz über die Erweiterung des Stadtkreises Bielefeld beschlossen, das zum 1. Oktober 1930 in Kraft treten sollte. Die abschließende Regelung der Eingemeindung sah wie folgt aus: vom Amt Heepen kamen die Gemeinden Sieker und Stieghorst, Teile von Heepen und Oldentrup an Bielefeld; vom Amt Schildesche die Gemeinden Schildesche, die Bauerschaft Schildesche und Gellershagen, ein Teil von Theesen, vom Amt Dornberg Teile der Gemeinde Hoberge-Uerentrup und Groß-Dornberg; schließlich noch kleinere Teil von Gadderbaum und Brackwede.

Ein schaler Beigeschmack

Ein Positives brachte „allen Groß-Bielefeldern“ die Gleichheit bei den Kommunalsteuern. Ein besonderes Schmankerl erhielten die früheren Vorortbewohner zusätzlich: sie zahlten – bis April 1931 - die alte Landkreis-

„Hundesteuer“, die sechs Reichsmark betrug. Die „Alt-Bielefelder“ mussten dagegen 40 Reichsmark blechen. Die Eingemeindung stellte ein wahrhaft historisches Datum für die Stadt dar. In Schildesche blieb jedoch auf lange Zeit ein schaler Beigeschmack – aufgrund der Weltwirtschaftskrise und des Zweiten Weltkrieges zogen sich die ersehnten Infrastrukturmaßnahmen bis in die 1950er und 1960er Jahre. Die Kanalisation fehlte einfach: so wurden 1939 bei der 1000-Jahr-Feier beispielsweise zwei Jauchetonnen als „ironischer Seitenhieb“ auf die Behörden mitgeführt.



Jauchetonnen anlässlich der 1000-Jahrfeier in Schildesche Foto: Sammlung Wibbing